

**ÄA1 – gesammelte Änderungen
eingereicht von den Teilnehmenden der zweiten Wahlprogrammkonferenz**

Änderungen vorgeschlagen von:

Adrian Furtwängler, Ben Kilian Huster, Isabella Sander, Ender Atakul, Jean Köppe, Mahir Welat Örnek, Ronja Heeland, Thomas Wulfes, Ulrike Rößling, Fritz Stephan, Maurice Lüttich

Die Antragsstellenden des Antrages A1 sind einverstanden:

Ben Kilian Huster, Ender Atakul, Jean Köppe, Hanna Krüger, Ronja Heeland, Thomas Wulfes, Janne Irmisch, Ulrike Rößling, Elmas Wieczorek-Hahn, Marisa Breßler, Fritz Stephan, Maurice Lüttich

Wir verweisen zur Sicherheit auf die gemeinsam publizierte neue Version des Antrages, inklusive aller getätigten Änderungen.

Der Bezirksparteitag möge folgende Anpassungen beschließen:

Zeile 7:

streichen:

Spandauer Wahlprogramm

ersetzen durch:

Wahlprogramm des Bezirksverbands Spandau

Spandau – solidarisch und sozial

Zeile 45:

ergänzen:

Es soll als unsere Arbeitsgrundlage für die nächsten 5 Jahre dienen.

Zeile 64:

Auch im Alter setzt sich diese Ungerechtigkeit fort, wenn Senior:innen von Grundsicherung leben, auf Mobilität und Teilhabe verzichten und vereinsamen.

ergänzen um:

müssen.

Zeile 82:

ergänzen um:

Aus der Erhebung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg auf die Anfrage unserer Fraktion zur Kinderarmut in Berlin geht klar hervor: Spandau gehört zu den am stärksten von Kinderarmut betroffenen Bezirken in Berlin und liegt mit einer Quote von 32,9% deutlich über dem Berliner Gesamtdurchschnitt. Als Spandauerinnen müssen wir uns also besonders gegen die soziale Benachteiligung von Minderjährigen einsetzen.

Zeile 87:

Der Bezirk soll dafür sorgen, dass in den besonders belasteten Quartieren zusätzliche Stellen für Kita-Sozialarbeit geschaffen werden und Kitas eng mit Familienzentren, Frühförderung und Jugendhilfe kooperieren.

Ändern zu:

Der Bezirk muss dafür sorgen, dass in Quartieren mit besonderem strukturellen Entwicklungsbedarf zusätzliche Stellen für Kita-Sozialarbeit geschaffen werden und Kitas eng mit Familienzentren, Frühförderung und der Jugendhilfe kooperieren.

Orte, die laut dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung eine hohe soziale Benachteiligung aufweisen, müssen bei der Ressourcenzuweisung absolute Priorität erhalten. Solche sozialräumlichen Bewertungsmodelle ermöglichen eine gerechte Intervention.

In den Großsiedlungen Heerstraße Nord und Falkenhagener Feld beweisen integrierte Familien- und Kiezspezifische Zentren bereits eindrucksvoll, wie wichtig die Verknüpfung von frühkindlicher Bildung und sozialer Arbeit ist. Auch konfessionelle Träger im Bezirk gehen in der Quartiersarbeit bereits voran und verbinden klassische Betreuung erfolgreich mit niedrigschwelliger Familienberatung im Kiez. Diese bewährten Strukturen müssen flächendeckend ausgebaut und vom Bezirk dauerhaft finanziell abgesichert werden.

Zeile 90:

Unser Ziel ist klar: Kein Kind soll in der Schule scheitern, weil im Kita-Alter an Personal, Plätzen oder Unterstützung ~~gespart wird~~.

ändern zu:

Unser Ziel ist klar: Kein Kind soll in der Schule scheitern, weil im Kita-Alter Personal, Plätze oder Unterstützung gekürzt werden.

ergänzen um:

In Teilen des Bezirks gibt es ein Überangebot an Kitas, während andere Kieze an einer Unterversorgung leiden.

Zeile 93:**streichen:**

Kiezen

ersetzen durch:

Bezirken

Zeile 102:**ergänzen um:**

Das bewährte Modell der Schulstationen soll fortgeführt und ausgebaut werden.

Zeile 103:**streichen:**

Deshalb soll Spandau gemeinsam mit Schulen, Eltern und Trägern ein Programm für kostenfreies, gesundes Schulessen aufbauen, das schrittweise an allen Kitas und Schulen eingeführt wird.

ersetzen durch:

Kostenloses Mittagessen hat sich an den Spandauer Grundschulen bewährt. Wir wollen das Angebot auch auf Oberschulen ausweiten.

Zeile 115:**ergänzen um:**

Rund ein Drittel aller Spandauer Kinder und Jugendlichen lebt in Familien, die von staatlicher Grundsicherung abhängig sind. In Stadtteilen wie der Rudolf-Wissel-Großsiedlung und rund um die Maulbeerallee sind mehr als 50 % der Kinder von Armut betroffen. Diese Kinder haben es besonders schwer, am sozialen Leben teilzuhaben.

Zeile 117:

In besonders belasteten Kiezen sollen weitere ergänzende Angebote entstehen, die jungen Menschen verlässliche Räume für Freizeit, Begegnung und Unterstützung bieten.

ändern zu:

In besonders belasteten Kiezen müssen weitere ergänzende Angebote entstehen, sowie die bestehenden Angebote gesichert und bekannter gemacht werden, da diese für junge Menschen verlässliche Räume für Freizeit, Begegnung und Unterstützung bieten.

Zeile 120-124:**streichen (Doppelung)****Zeile 125:****ergänzen um:**

Das Jugendamt in Spandau ist seit langem unterbesetzt, unterfinanziert und dadurch überbelastet. In Zukunft muss es so aufgestellt werden, dass es den gesetzlichen Auftrag, Kindern und Jugendlichen in Not zu helfen, auch tatsächlich erfüllen kann. Jugendliche dürfen nicht hinten runter fallen, weil die Kapazitäten bei Neugeborenen und Kindern bereits aufgebraucht sind. Projekte der Jugendhilfe müssen zukunftsicher finanziert und ausgebaut werden.

Zeile 166:**ergänzen um:**

Die Armutsgefährdungsquote in Spandau lag im Jahr 2016 mit 23,2 % deutlich über der Berliner Quote von 16,6 %.

Zeile 169:

Gleichzeitig übernehmen wir Verantwortung im Bezirk, um Altersarmut und Einsamkeit konkret entgegenzuwirken.

ändern zu:

Gleichzeitig übernehmen wir Verantwortung im Bezirk: Wir wollen ältere Spandauer:innen vor Altersarmut und Einsamkeit schützen, indem wir lokale Begegnungsstätten und Senior:innenvertretungen direkt in den Spandauer Ortsteilen stärken.

Zeile 200:**streichen:**

200 bis 217 (wird als ein eigenständiges Kapitel mit mehr Inhalten ergänzt)

Zeile 244 – 295**streichen (Doppelung)****Zeile 263:**

Der Bezirk muss sicherstellen, dass inklusive Kitas und Schulen die notwendige personelle und fachliche Ausstattung erhalten und sich beim Land gezielt für mehr Personal und bessere Rahmenbedingungen in Spandau einsetzen.

ändern zu:

Der Bezirk muss sicherstellen, dass inklusive Kitas und Schulen die notwendige personelle und fachliche Ausstattung erhalten und sich beim Land gezielt für mehr Personal n Form von schulischen Inklusionsassistenzen und bessere Rahmenbedingungen in Spandau einsetzen.

Zeile 334:

Wir stellen uns klar gegen stigmatisierende und ausgrenzende Praxis – dazu gehört auch, dass es in Spandau keine Orte der Abschottung oder Aussonderung wie sogenannte „Lagerschulen“ geben darf.

ersetzen durch:

Der Spandauer Bezirksbeirat für Partizipation und Integration soll zu einem echten Mitwirkungsremium werden. Außerdem fordern wir die Benennung einer beauftragten Person für Queer und Antidiskriminierung im Bezirksamt.

Zeile 343:

Wir wollen Räume schaffen, die wirklich allen offenstehen. Das bedeutet mehr Räume und Angebote für Mädchen* und Frauen* im Bezirk, die geschützt, zugänglich und selbstverständlich Teil der öffentlichen Infrastruktur sind.

ändern zu:

Wir wollen Räume schaffen, die wirklich allen offenstehen. Das bedeutet mehr Räume wie den BPD Mädchentreff und Angebote für Flinta* im Bezirk, die geschützt, zugänglich und selbstverständlich Teil der öffentlichen Infrastruktur sind.

Zeile 345:

Mädchen* und Frauen*

ersetzen durch:

Flinta*

Zeile 360:

Der aktuelle Präventionsbericht zeigt: Die Fallzahlen sind hoch – und sie steigen. Trotzdem fehlt es in Spandau an sichtbaren, erreichbaren und verlässlich finanzierten Hilfsangeboten. Viele Betroffene wissen nicht an wen sie sich wenden können – oder stoßen auf Strukturen, die zu kompliziert, zu weit entfernt oder zu unsicher sind.

ersetzen durch:

Die Quote bei häuslicher Gewalt liegt in Spandau 40% über dem Berliner Durchschnitt. Vorhandene Hilfsangebote wie Hinbun, Eulalia Eigensinn oder StoP-Spandau sind teilweise so überlastet, dass sie Betroffene nur weiterverweisen können. Das zeigt: diese Angebote müssen wir stärken und ausbauen!

Zeile 408:

Wir wollen in Spandau sogenannte Katastrophenschutz-Leuchttürme aufbauen: klar erkennbare, wohnortnahe Anlaufstellen im Krisenfall. Diese sollen niedrigschwellig erreichbar sein, als sichere Orte und Informationspunkte dienen sowie gezielt auch die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen berücksichtigen. So schaffen wir Orientierung und konkrete Hilfe anstatt Unsicherheit im Ernstfall.

ändern zu:

Aufgrund des Stromausfalls im Süden Berlins Anfang des Jahres wurde der dringend nötige Ausbau von sogenannten Katastrophenschutz-Leuchttürmen endlich auch in Spandau in Angriff genommen. Das Rathaus und einige Grundschulen wurden bisher festgelegt. Wir als Linke fordern klar noch mehr klar erkennbare, wohnortnahe Anlaufstellen im Krisenfall. Diese sollen niedrigschwellig erreichbar sein, als sichere Orte und Informationspunkte dienen sowie gezielt auch die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen berücksichtigen. So schaffen wir für möglichst viele Menschen Orientierung und konkrete Hilfe anstatt Unsicherheit im Ernstfall.

Zeile 439 - 443:

streichen (Doppelung)

Zeile 446:

Spandau Pride

korrigieren zu:

Havel Pride

Zeile 450:

Queerfeministische Stadtplanung heißt: gut beleuchtete, einsehbare Wege, barrierearme und sichere Querungen, sichtbare Schutzräume, zugängliche, geschlechtsneutrale und sichere Toiletten und Aufenthaltsorte. Davon profitieren alle – auch ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen.

ändern zu:

Queerfeministische Stadtplanung heißt: gut beleuchtete, einsehbare Wege, barrierearme und sichere Querungen, sichtbare öffentliche Schutzräume, zugängliche, kostenlose und geschlechtsneutrale Toiletten und Aufenthaltsorte. Davon profitieren alle – auch ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen.

Zeile 472:

ergänzen durch:

Konsequent gegen Antisemitismus und Antiziganismus

Spandau ist ein vielfältiger Bezirk. In den letzten Jahren sind die Angriffe auf jüdische Menschen, auf Roma und Sinti und Menschen mit Migrationsgeschichte gestiegen. Nach wie vor tut der Bezirk zu wenig, um Schutz zu gewährleisten, sich kritisch mit allen Formen des Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus auseinanderzusetzen.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass endlich eine Beauftragtenstelle gegen Antisemitismus und Antiziganismus geschaffen wird. Sie ist Ansprechperson für die Betroffenen und baut die Zusammenarbeit mit Vereinen, Gemeinden und Verbänden aus, um Strukturen gegen Antisemitismus und Antiziganismus im Bezirk zu stärken, präventiv tätig zu werden und Institutionen fit zu machen. Die Beauftragte wirkt zudem in die Verwaltung hinein, um sicherzustellen, dass der Grundsatz der allgemeinen Gleichheit ausnahmslos Anwendung findet.

Zeile 539:
streichen (Doppelung)

Zeile 555 - 563:
ersetzen durch:
Milieuschutz stärken

Der Milieuschutz ist eine wichtige Grundlage für Mieter:innenschutz und ein zentrales Werkzeug, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Gleichzeitig reicht er in seiner bisherigen Form nicht aus, um Verdrängung wirksam zu verhindern. Deshalb wollen wir den Milieuschutz in Spandau konsequent anwenden, auf neue Gebiete ausweiten und zugleich weiterentwickeln, damit er Mieter:innen tatsächlich schützt und Verdrängung spürbar entgegenwirkt. Neue Milieuschutzgebiete schaffen Sichtbarkeit und setzen ein klares Signal: Dein Zuhause soll dein Zuhause bleiben. Die Benennung von Milieuschutzgebieten ist dabei aber nur der erste Schritt. Echter Schutz muss in der Praxis durchgesetzt werden. Um das Bezirksamt zu unterstützen und Mieter:inneninitiativen demokratisch einzubeziehen, fordern wir die Gründung eines Milieuschutzbeirats. Dieser soll Genehmigungskriterien und Anwendungspraxis weiterentwickeln, über neue Milieuschutzgebiete beraten und notwendige Verschärfungen empfehlen.

Besonders gegen Kurzzeitvermietung und möbliertes Wohnen wollen wir entschieden vorgehen. Wir wollen in Milieuschutzgebieten dafür ein Verbot schaffen. Für den Neubau wollen wir Richtlinien entwickeln, damit der Wohnraum langfristig verfügbar und bezahlbar bleibt. Die Kürzung von Geldern für bestehende Milieuschutzberatungen lehnen wir konsequent ab.

Zeile 566 – 567:

Wenn es nicht auf Landesebene verfolgt wird, wollen wir die Stellen zur Verfolgung von Wuchermiete im Bezirk verstetigen.

ersetzen durch:

Unser Mietwucher-Check zeigt, dass viele Vermieter in unserem Bezirk verboten hohe Mieten verlangen. Das wollen wir künftig auf Landesebene verfolgen. Sollte das nicht geschehen, wollen wir die Stellen zur Verfolgung von Wuchermiete im Bezirk verstetigen. Der Beschluss der BVV zur Schaffung einer Mietpreisprüfstelle in Westberlin soll unabhängig davon endlich umgesetzt werden.

ergänzen um:

Housing First

Das effektivste Mittel um Menschen aus der Obdachlosigkeit hinaus zu helfen, ist eine eigene Wohnung. Wir fordern, dass das erfolgreiche Modellprojekt Housing First auch in Spandau umgesetzt wird. Das Bezirksamt soll dafür eng mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sowie privaten Vermieter:innen zusammenarbeiten.

Zeile 584:

ergänzen um:

Neubauprojekte

Trotz vieler leerstehender Flächen in der ganzen Stadt gibt es in Spandau einige Neubaupläne für Büroflächen, z.B. in der Geschützgießerei und auf dem ehemaligen Postgelände. Diese Planungen sollten überprüft werden und an die tatsächlichen Bedarfe der Menschen und der Wirtschaft angepasst werden. So könnten neben Wohnungen auch Kulturzentren, Begegnungsorte oder Gastronomie geschaffen werden. Spandau braucht keine leerstehenden Büros!

Zeile 647;

motorisierten Individualverkehr

ersetzen durch:

Auto

Zeile 697:

Linienbündeln der 36er-Linien

ersetzen durch:

Linien des M36, 136 und 236 (Wilhelmstadt-Rathaus
Spandau-Hakenfelde/Haselhorst)

und

37er-Linien

ersetzen durch:

M37 sowie 137 (Rudolf-Wissell-Siedlung – Rathaus Spandau)

Zeile 716:

Die Bahnverbindungen aus dem Westen in Richtung Spandauer Zentrum sind optimierbar – sowohl bei der S-Bahn als auch bei der Regionalbahn. Das geht nur gemeinsam mit Brandenburg.

ergänzen um:

und dem Bund.

Zeile 718:

motorisierten ÖPNV

ersetzen durch:

Busverkehrs

Zeile 720:

In diesem Zuge setzen wir uns für den Neubau eines S-Bahnhofs »Spandau West« zwischen Albrechtshof und Bahnhof Spandau ein.

ändern zu:

In diesem Zuge setzen wir uns für den Neubau eines S-Bahnhofs »Spandau West« bei der Feuerwache am Ungewitterweg zwischen Albrechtshof und Bahnhof Spandau ein.

Zeile 751:**ergänzen um:****Sportinfrastruktur**

Sportangebote machen Spandau lebenswerter. Sie schaffen Begegnung, sind Teil der Gesundheitsvorsorge und geben Kindern und Jugendlichen Räume für ihre eigene Entfaltung. Deshalb wollen wir Sport nicht nur als Leistungs- oder Vereinssport denken, sondern als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge: zugänglich, inklusiv und wohnortnah.

Spandau verfügt über viele Sportplätze, Sporthallen und Bewegungsräume. Gleichzeitig ist klar: Der Sanierungsbedarf ist erheblich. Für die Sanierung aller Sportflächen im Bezirk werden nach Rathausschätzung rund 65 Millionen Euro benötigt. Das Bezirksamt hat mehrere Projekte für das Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Sportstätten angemeldet, darunter den Gößweinsteiner Gang, das Stadion Hakenfelde, die Sportanlage Spektefeld, die Wilhelmstraße und die Lutoner Straße. Diese Schritte sind wichtig, reichen

aber langfristig nicht aus. Sanierung und Instandhaltung dürfen nicht immer wieder verschoben werden, während Schulen, Vereine und Freizeitsportler:innen mit eingeschränkten Kapazitäten leben müssen. Wir wollen Gelder für die Instandhaltung dauerhaft für Spandau sichern und nicht projektbasiert immer wieder neu verhandeln müssen.

Der Nutzungsschwerpunkt der Sportanlagen soll auch noch klarer auf Schulsport, Breitensport, inklusiven und alltagstauglichen Bewegungsangeboten liegen – nicht auf Prestigeprojekten oder wettkampforientierten Nutzungen. Sportstätten müssen barrierearm, für Bedarfe aller Sportler:innen ausgestattet und gut erreichbar sein. Wer Sport treiben will, darf nicht an kaputten Hallen, fehlenden Zeiten, Kosten oder langen Wegen scheitern.

Zeile 767:

Das Rückgrat dieser Arbeit ist das Ehrenamt und das verdient endlich eine angemessene Wertschätzung. Wir wollen Ehrenamtliche in Spandau besser vernetzen, ihnen Räume geben, Fortbildungen ermöglichen und ihre Arbeit sichtbar machen, denn wer ehrenamtlich arbeitet, tut das füreinander – nicht nur miteinander. Das ist ein Unterschied, den wir ernst nehmen.

ändern zu:

Das Rückgrat dieser Arbeit ist das Ehrenamt und das verdient endlich eine angemessene Wertschätzung. Wir wollen die Spandauer Freiwilligenagentur stärken, um Ehrenamtliche in Spandau besser zu vernetzen, ihnen Räume zu geben, Fortbildungen zu ermöglichen und ihre Arbeit sichtbar machen. Denn wer ehrenamtlich arbeitet, tut das füreinander – nicht nur miteinander. Das ist ein Unterschied, den wir ernst nehmen.

Zeile 773:

ergänzen um:

Die bestehenden Quartiersmanagements z.B. in der Heerstraße Nord und in der Neustadt sollen dafür gestärkt und über 2027 hinaus erhalten werden.

Zeile 801:

Wir wollen Räume schaffen, in denen jede:r willkommen ist – unabhängig vom Geldbeutel. Deshalb wollen wir den Rathauskeller in Spandau endlich öffnen. Ein Raum, der nicht verwaltet wird, sondern lebt. Der dem Bezirk gehört und den Menschen, die hier wohnen.

ändern zu:

Wir wollen Räume schaffen, in denen jede:r willkommen ist – unabhängig vom Geldbeutel. Deshalb wollen wir den Ratskeller in Spandau endlich öffnen. Ein Politik-, Kultur und Begegnungsraum, der nicht verwaltet wird, sondern lebt. Der dem Bezirk gehört und den Menschen, die hier wohnen. Dieser könnte den Fraktionsbüros aber auch gemeinwohlorientierten Initiativen zur Verfügung gestellt werden, die dringend Räumlichkeiten suchen. Außerdem möchten wir niederschwellige politische Teilhabeformate etablieren.

Zeile 816:

streichen:

Bildung und

Zeile 830:

ergänzen um:

Wir wollen öffentliche, bezirkliche Räume kostenfrei für marginalisierte Spandauer Kunstschaaffende öffnen und Ihnen so mehr Sichtbarkeit geben.

Zeile 838:

Wir wollen das ändern. Wir wollen Nachbarschaftsgärten schaffen – gemeinschaftlich genutzte Grünflächen, auf denen Menschen gärtnern, sich treffen und erholen können.

ändern zu:

Wir wollen das ändern. Wir wollen zusätzliche Nachbarschaftsgärten schaffen – gemeinschaftlich genutzte Grünflächen, auf denen Menschen gärtnern, sich treffen und erholen können. Außerdem möchten wir, dass den Menschen im Kiez die Bepflanzung von Baumscheiben niedrigschwellig ermöglicht wird.

Zeile 853:

Wir wollen das ändern: Mehr Mülleimer, besonders in Grünanlagen, an Spielplätzen und an Orten, an denen viele Menschen unterwegs sind, sowie flächendeckend Hundekotbeutel bereitstellen.

ändern zu:

Wir wollen das ändern: Mehr Mülleimer, besonders in Grünanlagen, an Spielplätzen und an Orten, an denen viele Menschen unterwegs sind. Wir fordern außerdem die personelle Stärkung der Grünflächenämter und den Einsatz von Park-/Kietläufer:innen gegen die Vermüllung.

Zeile 856:

im Kiez streichen

Zeile 857:

Gute medizinische und soziale Versorgung darf nicht davon abhängen, wie schnell oder einfach eine Praxis, ein Geschäft oder eine Einrichtung erreichbar ist.

ersetzen durch:

Die Bedarfsgerechte Nahversorgung ist grundlegend für die Lebensqualität in der Nachbarschaft.

Zeile 745:

sinnvolle Nutzung

ändern zu:

notwendige Nutzung

Zeile 747:

notwendigen Ausbau anderer Verkehrsmittel

ändern zu:

vordringlichen Ausbau anderer Verkehrsmittel

ergänzen um:

die die erste Linie des ÖPNV bilden

Zeile 873:

streichen (kommt in das folgende neue Kapitel)

Zeile 873:

einfügen:

Gesundheit & Krisenintervention

Armut macht krank

Armut macht krank – und zwar messbar früher, häufiger und schwerer. Menschen, die in prekären Jobs arbeiten, in zu teuren Wohnungen leben oder

auf Bürgergeld angewiesen sind, haben nicht nur weniger Geld zur Verfügung, sondern auch mehr Stress, stärkere psychische Belastungen und schlechtere Zugänge zu guter Gesundheitsversorgung.

Wir wollen, dass Gesundheit keine Frage von Einkommen, Herkunft oder Aufenthaltsstatus ist. Dafür braucht Spandau eine starke, wohnortnahe Gesundheits- und Sozialinfrastruktur. Gesundheits- und Familienzentren, psychosoziale Beratungsstellen, Sucht- und Straßensozialarbeit sowie funktionierende Krisendienste müssen dann verfügbar sein, wenn Hilfe gebraucht wird – nicht erst nach Monaten.

Gesundheits- und Familienzentren in den Kiezen

In sozial besonders belasteten Quartieren sollen kommunale Gesundheits- und Familienzentren aufgebaut und gestärkt werden. Die bestehenden Familien- und Gesundheitszentren in Spandau wollen wir ausbauen und stärken. Diese Zentren sollen medizinische Grundversorgung, psychosoziale Beratung, Suchtberatung, Sozialberatung sowie Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien unter einem Dach bündeln. Ziel ist es, lange Wege zu vermeiden, Zugangsbarrieren abzubauen und Hilfe niedrigschwellig dort anzubieten, wo die Menschen leben.

Ergänzend setzen wir uns für den Ausbau medizinischer Versorgungszentren in Spandau ein, zum Beispiel für ein neues MVZ in der Altstadt und der Siemensstadt, um eine größere fachliche Vielfalt zu ermöglichen und Versorgungslücken zu schließen. Gesundheitsangebote müssen sich am Bedarf der Menschen orientieren und dauerhaft gestärkt werden – für Kinder und Jugendliche ebenso wie für ältere Menschen oder Menschen mit Einschränkungen. Gesundheit darf keine Frage der Erreichbarkeit oder Wirtschaftlichkeit sein, sondern ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in allen Nachbarschaften Spandaus.

Ein konkretes Beispiel zeigt, dass dieser Ansatz wirkt: Nach langem politischen Einsatz der Linksfraktion in der BVV Spandau wird im Schuljahr 2026/2027 eine Schulgesundheitsfachkraft an der Siegerland-Grundschule eingesetzt. Diese Fachkraft wird dauerhaft präsent sein und die schulische Gesundheitsförderung und -versorgung stärken. Dieses erfolgreiche Modell wollen wir nicht nur sichern, sondern perspektivisch ausbauen und auf weitere Standorte übertragen.

Psychosoziale Angebote für alle

Psychosoziale Unterstützung muss für alle zugänglich sein – unabhängig von Versicherungsstatus, Aufenthaltsstatus oder bürokratischen Voraussetzungen. Wir wollen niedrigschwellige Anlaufstellen für Menschen mit psychischen Krisen weiter ausbauen, auch ohne Überweisungspflicht. Diese Angebote

müssen eng mit Jugendhilfe, Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe und weiteren sozialen Diensten vernetzt sein. Gemeinsam mit Krankenhäusern, der Kassenärztlichen Vereinigung und freien Trägern soll der Bezirk ein tragfähiges Netzwerk für psychische Gesundheitsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aufbauen, etwa durch Beratungsstellen, offene Sprechstunden und Gruppenangebote.

Krisendienste müssen außerdem rund um die Uhr erreichbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass in Spandau mobile psychosoziale Krisenteams eingerichtet werden, die aus Fachkräften der Sozialarbeit, Psychologie und Pflege bestehen und Menschen in seelischen Notlagen, familiären Krisen oder akuten Konflikten vor Ort unterstützen. Solche Teams sollen eine echte Alternative dazu sein, in Krisensituationen ausschließlich Polizei einzusetzen.

Schnelle Hilfe für Kinder und Jugendliche in Krisen

Für Kinder und Jugendliche gilt besonders: Wer mit Gewalt, Sucht, psychischen Erkrankungen in der Familie oder eigenen Ängsten kämpft, braucht schnelle und verlässliche Hilfe. Deshalb fordern wir den Ausbau von Schulpsychologie, Jugend- und Familienberatung sowie spezialisierter Angebote für traumatisierte Kinder, geflüchtete Jugendliche und queere junge Menschen. Diese Angebote müssen dauerhaft finanziert sein und dürfen nicht von kurzfristiger Projektförderung abhängen.

Die therapeutischen Angebote nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sind jetzt schon eine effektive Hilfe für Spandauer Schüler:innen, jedoch reichen fünf Stellen für unseren Bezirk nicht aus. Wir wollen dieses Angebot ausbauen und weiter stärken.

Zeile 902:

Wir unterstützen die Forderungen des Landeswahlprogramms zur Entlastung der Beschäftigten in der Verwaltung

ändern zu:

Wie unser Landeswahlprogramm fordern auch wir die Entlastung der Beschäftigten in der Verwaltung.

Zeile 910:

Wir setzen uns dafür ein, dass die Anmietpraxis für Büroräume beendet wird.

ergänzen um:

, wo wirtschaftlich sinnvoll.

Zeile 916:

Wir unterstützen die Forderungen des Landeswahlprogramms zur demokratischen Digitalisierung der Verwaltung

ändern zu:

Die Forderungen unseres Landeswahlprogramms zur demokratischen Digitalisierung der Verwaltung gilt auch und insb. für Spandau.

Zeile 932:

Zudem braucht es Servicezeiten und Angebotsstrukturen, die sich stärker an der Lebensrealität berufstätiger Menschen, Alleinerziehender, älterer Menschen und Menschen mit Unterstützungsbedarf orientieren.

ergänzen um:

, z.B. durch Self-Service-Terminals in den Bürgerämtern ohne Gebühren.

Zeile 962:

Wir streben deswegen den Ausbau der Kinder und Jugendbeteiligung an,

ersetzen durch:

Wir wollen Kinder und Jugendliche stärker beteiligen,

Für einen einheitlichen Sprachfluss wurde der Text im Nachhinein außerdem einheitlich gegendert (z.B. Genoss:innen).

Außerdem wurde an einigen Stellen die Punktsetzung am Ende des Satzes, sowie einige wenige Rechtschreibfehler und Abstände zwischen den Absätzen im Dokument korrigiert.

Zum Abschluss wurden Zeilenangaben und das Inhaltsverzeichnis aktualisiert, sowie Seitenzahlen ergänzt.

Solidarische Grüße